

Neuer Präsident, neues Parlament, neue Ukraine?

– ein Bericht von den 9. wirtschaftspolitischen Gesprächen des Ostinstituts/Wismar

Autor: Andreas Steininger¹

Stand: 7. November 2019

Inhaltsverzeichnis:

- I. Einleitung
- II. Panel Politik
- III. Panel Wirtschaft

I. Einleitung

Bei den alljährlichen „Wirtschaftspolitischen Gesprächen“ des Ostinstituts/Wismar in der Bundespressekonferenz in Berlin am 25. September 2019 lag der Fokus auf der Entwicklung der Ukraine vor dem Hintergrund der Präsidentschaftswahlen und der Parlamentswahlen. Aufgrund der kriegerischen Ereignisse in der Ost-Ukraine und der Annexion der Krim nimmt die Ukraine eine Schlüsselposition in der gesamteuropäischen Politik ein. Dies und auch die Tatsache, dass die Ukraine große Anstrengungen unternimmt, den Staat neu auszurichten und auch dem Westen zuzuwenden, rechtfertigt eine genaue Analyse, die im Rahmen der „Wirtschaftspolitischen Gespräche“ in drei Panels (Politik, Wirtschaft und Recht) durchgeführt wurde.

Wie bereits im Editorial zu diesem Ost/Letter dargestellt, haben wir mittlerweile einen YouTube Kanal („Ost/Channel“) eingerichtet, im Rahmen dessen Kommentare und kurze Berichte abgerufen werden können. Auch diese Konferenz am 25. September 2019 ist erstmalig zu großen Teilen in diesem Ost/Channel publiziert.

Nichtsdestotrotz wollen wir mit dem folgenden Bericht versuchen, die wichtigsten Aussagen des

Zitierweise: Steininger A., Bericht von den 9. wirtschaftspolitischen Gesprächen des Ostinstituts/Wismar, O/L-2-2019, https://www.ostinstitut.de/documents/Steininger_Bericht_von_den_9_wirtschaftspolitischen_Gesprachen_des_Ostinstituts_Wismar_OL_2_2019.pdf.

¹ Prof. Dr. Andreas Steininger, Ostinstitut Wismar.

politischen und wirtschaftlichen Panels einmal zusammenzufassen.

II. Panel Politik

1. Botschafter Andrij Melnyk: gemeinsamer Wirtschaftsraum von Lissabon bis Wladiwostok?

Zu Beginn der politischen Diskussion hob Botschafter Andrij Melnyk hervor, dass die Menschen durch die Präsidentschaftswahl und Parlamentswahl im Sommer 2019 **dem neuen Präsidenten und Parlament einen großen Vertrauensvorschuss** gegeben hätten, den es auch ermögliche, im Turbotempo schmerzhaft Schritte und Reformbemühungen vorzunehmen. Als Beispiel nannte Botschafter Melnyk die Einrichtung eines neuen **Anti-Korruptionsgerichts² und auch die Offenheit, neue Wege im Friedensprozess mit dem Nachbarn Russland** zu gehen. Hierzu sei der Vorgänger wenig bereit gewesen.

Botschafter Melnyk wies des Weiteren darauf hin, dass für Investitionen geworben werden müsse, wobei einer der Haupthindernisgründe für Investitionen der Krieg in Ost-Ukraine sei. Ein großes **Problem stellten auch die hohen Zinsen dar, die keine Finanzierung zuließen**. Auch die 3.500 staatlichen Unternehmen müssten beschleunigt privatisiert werden, denn sie seien unter anderem eine große Quelle der Korruption.

Der Krieg in der Ukraine sei nicht nur für Investoren abschreckend, auch der vor dem Krieg sprunghafte **Außenhandel mit der Russischen Föderation sei heute von fast 50 % des Gesamtaußenhandels der Ukraine auf 6 % zusammengeschrumpft**. Dies sei übrigens auch für Russland schädlich, was er am Beispiel des Milchmarktes illustrierte: vor dem Krieg seien 50 % der Milchprodukte in Russland aus ukrainischer Produktion gekommen.

Botschafter Melnyk unterstrich, dass das **Ziel ukrainischer Außenpolitik die Mitgliedschaft in der Europäischen Union** sei, womit auch 62 % in der ukrainischen Bevölkerung einverstanden seien. Auch die **Mitgliedschaft in der NATO** werde angestrebt, auch hierfür fände sich in der Ukraine eine Mehrheit. Eventuelle Bedenken gerade gegen eine NATO-Mitgliedschaft wies Botschafter Melnyk zurück, da eine solche Mitgliedschaft auch ein konkretes Signal gegenüber Russland sei sowie an die dortige Zivilgesellschaft, Änderungen auch in Russland herbeizuführen.

In diesem Zusammenhang unterstrich Herr Botschafter Melnyk, dass die **Vision eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes von Lissabon bis Wladiwostok nicht unmöglich** erscheine.

² Das ukrainische Oberste Anti-Korruptionsgericht hat seine Arbeit am 5.9.2019 aufgenommen. Es ist eine neu geschaffene Struktur, die eine Lücke im System der staatlichen Organe zur Korruptionsbekämpfung schließt. Das Nationale Anti-Korruptions-Büro ermittelt, die Anti-Korruptions-Staatsanwaltschaft erhebt Anklage und das Anti-Korruptions-Gericht soll Fälle prüfen und Urteile fällen, <https://www.dw.com/ru/главное-о-высшем-антикоррупционном-суде-украины/a-50284451>. Der Text des Gesetzes über die Einrichtung des Anti-Korruptionsgerichts: <https://zakon.rada.gov.ua/laws/main/2447-19>.

Botschafter Melnyk gab ferner zu bedenken, dass zwischen den **Menschen in der Russischen Föderation und in der Ukraine kein so großer Unterschied bestehe, es sei vergleichbar mit dem Verhältnis zwischen Menschen aus Bayern und Schleswig-Holstein**. Ein gutes Beispiel hierfür sei die sogenannte „Kiewer Sprache“, im Rahmen derer ein Gesprächspartner Russisch spreche, der andere aber auch Ukrainisch antworte. Gleichwohl funktioniere die Kommunikation reibungslos. Allerdings sei problematisch, dass eben im Donbass seit der Okkupation lediglich Russisch gesprochen werde. Im Hinblick auf die industrielle Entwicklung meinte Herr Botschafter Melnyk, dass man sowohl auf traditionelle Industriezweige wie Kohle und Stahl stützen müsse, gleichzeitig aber auch die Zukunftsindustrien nicht verpassen dürfe. Hierzu gehörten vor allem **Softwareentwickler, die über die Ukraine hinaus mittlerweile Weltruhm genossen**.

2. Stellvertretende Leiterin der OSZE-Mission Frau Antje Grawe: Neue Bewegung im Friedensprozess sei der Waffenstillstandsverpflichtung vom 21. Juli 2019

Die stellvertretende Leiterin der OSZE Mission in Kiew Frau Antje Grawe berichtete, dass der Stillstand im Friedensprozess seit 2016 bis Juni 2019 angehalten habe. Am **21. Juli 2019 sei allerdings eine neue Waffenstillstandsverpflichtung in Minsk³ unterzeichnet worden, welche ihr Hoffnung auf echte Fortschritte gebe**. Tatsächlich seien seitdem die Waffenstillstandsverletzungen zu über 80 % zurückgegangen. Als Beispiel für den beginnenden Friedensprozess nannte sie eine **Brücke in Staniza Luganska⁴**, die in den Kriegsjahren und nach ihrer Zerstörung nur notdürftig mit einer Rampe begehbar gewesen sei. Tatsächlich müssten viele Menschen aus den von Kiew nicht kontrollierten Gebieten diese Brücke passieren, um etwa Lebensmittel zu kaufen oder ihre Rente abzuholen. Seit dem erneuten Waffenstillstandsübereinkommen vom 21. Juli 2019 werde die Brücke nun wieder repariert, und zwar durch beide Seiten, wobei der gegenseitige Vertrauensverlust bei den Reparaturarbeiten spürbar sei. Allerdings habe sie festgestellt, dass die **Menschen glücklich über diese Waffenruhe seien, da diese ihnen ermögliche, zumindest ansatzweise wieder ein normales Leben zu führen**.

Frau Grawe führte weiter aus, dass die **Menschen in der Ostukraine teilweise einen sehr pragmatischen Ansatz** verfolgten. So habe sie Menschen getroffen, deren Kinder in Moskau studieren sollten, oder aber auch in Kiew. Dies zeige, dass man dort wenig ideologisiert sei. Es gehe den meisten definitiv vor allem um Frieden.

³ Am 17.7.2019 haben die Konfliktparteien unter Vermittlung der OSZE eine unbefristete Waffenruhe vereinbart, die ab 21.7.2019 gelten sollte: <https://www.dw.com/ru/в-донбассе-договорились-о-бессрочном-прекращении-огня-с-21-июля/a-49625074>.

⁴ <https://www.zeit.de/politik/ausland/2019-07/ostukraine-waffenstillstand-osze-donezk-luhansk-russland>.

3. Koordinator der Bundesregierung für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland, Zentralasien und den Ländern der Östlichen Partnerschaft Dirk Wiese:

Der Koordinator der Bundesregierung für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland, Zentralasien und den Ländern der Östlichen Partnerschaft Dirk Wiese wies zunächst darauf hin, dass es die **Ukraine vermocht habe, einen friedlichen Machtübergang zu bewerkstelligen** sowie eine funktionierende Zivilgesellschaft aufzubauen. Die Reformbemühungen seien erkennbar, was als ein Zeichen für Demokratisierung bewertet werden könne. Herr Wiese betonte, dass es der deutschen Politik vor allem darum gehe, die Lage und den Alltag der Menschen vor Ort zu verbessern. In diesem Zusammenhang wies er auch auf die **Wichtigkeit der Fortsetzung des Normandie-Formates** hin sowie darauf, dass man die Differenzen mit Russland im Hinblick auf die territoriale Integrität unterstreichen müsse. Im Hinblick auf den wirtschaftlichen Aufbau der **Ukraine müssten Investoren geworben werden**, welche dazu beitragen könnten, Arbeitsplätze zu schaffen. Allerdings unterstrich Herr Wiese, dass hierbei die **Rechtsstaatlichkeit bzw. die Reduzierung der Korruption** und Schikanen von entscheidender Bedeutung sei.

4. Abgeordneter der Verchovna Rada Herr Geo Leros: Bekämpfung der Korruption von entscheidender Bedeutung, NATO Mitgliedschaft liegt in der Souveränität der Ukraine

Auch der Abgeordnete der Verchovna Rada Herr Geo Leros ging davon aus, dass die **Bekämpfung der Korruption von entscheidender Bedeutung** sei. Aber auch andere wirtschaftspolitische Maßnahmen seien von entscheidender Bedeutung. Als Beispiel führte er Leos an, dass sich große bzw. mittlere Unternehmen als Kleinunternehmen registrieren ließen und aufgrund dieser Registrierung steuerliche Vorteile erhielten. Hiergegen müsse vorgegangen werden. **Zur NATO-Mitgliedschaft meinte Herr Leros, dass dies eine Frage der Souveränität der Ukraine** sei, die nicht von der Meinung Russlands abhängig gemacht werden dürfe.

Herr Leros ergänzte darüber hinaus, dass die Okkupation der Ostukraine bereits schon Jahre zuvor, also lange vor 2014 begonnen habe, nämlich mit einem **sogenannten Kulturimperialismus**, so insbesondere im Hinblick auf die Verwendung der ukrainischen Sprache in den östlichen Gebieten der Ukraine. Hier habe man von Kräften innerhalb der Gebietsadministration versucht, die russische Sprache als einzige offizielle Sprache zu implementieren. Schließlich betonte aber auch Herr Leros, dass die Freilassung der Kriegsgefangenen ein wichtiger Schritt zu einer Annäherung an Russland sei.

III. Panel Wirtschaft

1. William Boe, European Union External Action Service:

Im Rahmen des Panels Wirtschaft berichtete Herr William Boe von European Union External Action Service von den Zielsetzungen der Europäischen Union im Hinblick auf die Ukraine. Auf **politischer Ebene werde eine Assoziation angestrebt**, die allerdings keine politische Mitgliedschaft beinhalte. **Steinger - Bericht von den 9. wirtschaftspolitischen Gesprächen des Ostinstituts/Wismar, Ost/Letter-2-2019 (Dezember 2019)**

Auf **wirtschaftlicher Ebene** hingegen sei die **Integration der Ukraine in den EU-Wirtschaftsraum** geplant. Im ersten Schritt gehe es vor allem darum, die europäischen wirtschaftsrelevanten Regeln und die ukrainischen Regelungen anzupassen, wobei mit einem Zeitraum von 15 Jahren gerechnet werde. Herr Boe führte ferner aus, dass Grundlage dieser Regelungsanpassung die Rechtsstaatlichkeit der Ukrainer sei. Hier müssten noch erhebliche Anstrengungen unternommen werden. In diesem Zusammenhang sprach Herr Boe auch das Problem der Oligarchie an, deren Einfluss zurückgedrängt werden müsse.

Abgesehen davon unterstrich Herrn Boe die **Bedeutung des neuen Freihandelsabkommens DCFTA⁵** zwischen der Ukraine und der Europäischen Union ein, von dem man sich eine erhebliche Steigerung des gegenseitigen Handels erwarte.

2. Präsident der AHK-Kiew Alexander Markus: wirtschaftliche Entwicklung in der Ukraine ist positiv zu bewerten

Herr Alexander Markus zeichnete als Präsident der erst seit drei Jahren bestehenden AHK-Kiew **ein sehr positives Bild der wirtschaftlichen Entwicklung in der Ukraine**. Man habe zurzeit 155 deutsche Mitgliedsunternehmen, nach Schätzungen wären etwa 2.000 deutsche Unternehmen in der Ukraine aktiv, nach offiziellen Angaben sogar 3.400, wobei die letzte Zahl von ihm nicht bestätigt werden konnte. Herr Markus stellte als positiv heraus, dass das **System der systematischen Korruption in der Ukraine mittlerweile ein Ende gefunden habe**. Dies bedeutet zwar nicht, dass die Korruption grundsätzlich besiegt sei, jedoch sei die systematische Korruption nicht mehr in der Weise vorhanden. Herr Markus war auch ein positives Schlaglicht auf den bisherigen Präsidenten Poroschenko, dessen Verdienst es vor allem sei, die Dezentralisierung des Landes vorangetrieben zu haben, was der Wirtschaft im Hinblick auf die Flexibilität der Verwaltung nütze. Auch Herr Markus sah die **Einrichtung des Anti-Korruptionserichts⁶ als entscheidenden Schritt** an, der Wirtschaft und auch der Bevölkerung den Anbruch einer neuen Zeit zu signalisieren. Es gehe vor allem auch darum, den **Brain-Drain des gehobenen Bürgertums zu vermeiden**, dass man nicht wolle, dass die eigenen Kinder in einem durchweg korrupten Umfeld aufwachsen. Man wolle eben nicht, dass man, wie derzeit noch üblich, die Schulnoten erkaufe.

⁵ Das Freihandelsabkommen „Deep and Comprehensive Free Trade Area Abkommen“ (DCFTA) zwischen der EU und der Ukraine ist am 1.1.2016 in Kraft getreten, https://ec.europa.eu/taxation_customs/business/international-affairs/international-customs-cooperation-mutual-administrative-assistance-agreements/georgia-republic-moldova-ukraine_de.

⁶ Das ukrainische Oberste Anti-Korruptionsgericht hat seine Arbeit am 5.9.2019 aufgenommen. Es ist eine neu geschaffene Struktur, die eine Lücke im System der staatlichen Organe zur Korruptionsbekämpfung schließt. Das Nationale Anti-Korruptions-Büro ermittelt, die Anti-Korruptions-Staatsanwaltschaft erhebt Anklage und das Anti-Korruptions-Gericht soll Fälle prüfen und Urteile fällen, <https://www.dw.com/ru/главное-о-высшем-антикоррупционном-суде-украины/a-50284451>. Der Text des Gesetzes über das Anti-Korruptionsgericht: <https://zakon.rada.gov.ua/laws/main/2447-19>.

3. Vorstand des deutsch-ukrainischen Forums Rainer Lindner: behutsames Vorgehen bei der „Deoligarchisierung“ notwendig

Herr Rainer Lindner betonte als Vorstand des deutsch-ukrainischen Forums, dass sich **der Handel zwischen der Ukraine und Russland von 60 Mrd. USD im Jahr von der Zeit vor der Ukraine-Krise auf gegenwärtig 10 Mrd. USD im Jahr abgesenkt** habe. Dieses Handelsvolumen sei gleichbedeutend mit dem Handelsvolumen, welches die Ukraine mit China pflege. In diesem Zusammenhang sei zu beachten, dass sich die Ukraine nicht nur nach Westen ausrichtet, sondern auch nach Asien, in Richtung der Neuen Seidenstraße. Herr Lindner berichtete, dass die **Ukraine auch in Zukunft gewandten Wirtschaftssektoren wie in den erneuerbaren Energien mittlerweile Schwerpunkte** gesetzt habe. So habe die neue Regierung beschlossen, dass 25 % des Energiebedarfs der Ukraine bis 2035 aus erneuerbaren Energien gewonnen werde. Insgesamt seien 75 % der ukrainischen Bevölkerung der Meinung, dass die neuen Technologien weiter gefordert werden müssten.

Herr Lindner betonte, dass die **wirtschaftliche Lage eng mit der politischen verknüpft** sei die Entspannung des Verhältnisses zum Nachbarn Russland sei in diesem Zusammenhang wünschenswert und der Gefangenenaustausch ein erster Schritt dorthin. Danach müsste das **Normandie-Format** wieder tagen. Man dürfe nicht vergessen, dass durch die Annexion der Krim und den Krieg in der Ostukraine die Ukraine insgesamt 20 % ihrer Wirtschaftsleistung eingebüßt habe, unter anderem auch ein großes Gasfeld vor der Krim selber. Positiv sei zu beobachten, dass zurzeit eine gewisse Flurbereinigung im Bankenwesen stattfindet, so habe es noch im Jahre 2015 150 Banken gegeben, mittlerweile gebe es nur noch 75 Banken.

Schließlich sprach Herr Lindner die sogenannte „**Deoligarchisierung**“ an, also das Zurückdrängen der Oligarchie und des damit verbundenen Systems in der Ukraine Herr Lindner gab dabei zu bedenken, dass die **Oligarchen bislang auch eine positive Rolle gespielt hätten, insbesondere als Arbeitgeber**. Man müsse also den Wandel von einer oligarchischen Struktur zu einem völlig freien Markt behutsam gestalten. Ansonsten riskiere man Arbeitslosigkeit und gegebenenfalls Engpässe in bestimmten Wirtschaftsbereichen, so zum Beispiel auf dem Lebensmittelsektor.

4. Stefan Kägebein, Ostausschuss der deutschen Wirtschaft: signifikante Steigerung des Handelsvolumens zwischen der EU und der Ukraine

Herrn Kägebein vom Ostausschuss der deutschen Wirtschaft verwies ebenfalls auf positive Signale im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung in der Ukraine, so etwa darauf, dass die **Priorität des neuen Präsidenten Selenski darauf liege, ausländische Direktinvestitionen ins Land zu holen**. Tatsächlich wäre auch ein steigender Trend des Handelsvolumens zwischen der Ukraine und Deutschland erkennbar (gegenwärtig 2,6 Mrd. EUR). Herrn Kägebein unterstrich die Bedeutung des Freihandelsabkommens, das zu einer **Steigerung von 40 % des Handelsvolumens zwischen der EU und der Ukraine** geführt habe. Im Hinblick auf den neuen Präsidenten Selenski sagte Herr Kägebein,

dass dieser im Westen bisweilen falsch dargestellt worden sei, als Komiker oder Komödiant. In Wahrheit sei er ein erfolgreicher Unternehmer und Politiker. Schließlich kritisierte Herr Kägebein das Ausbildungssystem der Ukraine. Gerade die universitäre Ausbildung sei nicht ausreichend praxisbezogen. Hier bestehe großer Nachholbedarf.

5. Christian Berner, EPAM Systems GmbH, Head of Airports Business Unit: hohe Qualifikation ukrainischer Mitarbeiter in zukunftssträchtigen Industriebereichen

Aus der Praxis sprach Herrn Berner von EPAM-Systems, einem von einem Weißrussen in den USA Mitte der Neunzigerjahre gegründeten Softwareunternehmen. Er vertritt EPAM-Systems in der Ukraine. Herr Berner unterstrich die **hohe Qualifikation der ukrainischen Mitarbeiter im Softwarebereich**; es handelte sich in der Regel um hervorragend ausgebildete Software-Ingenieure. Darüber hinaus hätten sie bei Beginn der Ukraine-Krise die Nerven behalten und der zunächst vermutete Brain-Drain qualifizierter Mitarbeiter habe nicht wie befürchtet stattgefunden. Als **problematisch wertete Herr Berner immer noch das Oligarchie-System**, wobei er hervorhob, dass bei einigen Oligarchen ein Umdenken zu erkennen sei. Vor allem äußerte Herr Berner die Hoffnung, dass die neue Regierung die **Energie der vergangenen Monate**, die sich offensichtlich in der Bevölkerung befinde, **nutzen werde, um Reformen voranzutreiben**.

IV. Zusammenfassung

Auf politischer Ebene bedeuten die Neuwahl des Präsidenten und die Neuwahl des Parlaments mit vielen jungen Abgeordneten die Chance auf einen Neuanfang für die Ukraine. Dabei werde die Politik verfolgt, sich dem Westen zuzuwenden, gleichzeitig aber auch den Ausgleich mit dem Nachbarn Russland zu suchen. Das Waffenstillstandsabkommen vom 21. Juli 2019 ist ein guter Anfang, um einen dauerhaften Frieden zu erreichen. Innenpolitisch sei ein starkes Signal durch die Einsetzung eines Anti-Korruptionsgerichtes gesetzt worden, dies werde sowohl die Bevölkerung als auch die Wirtschaft beruhigen.

Die Europäische Union verfolgt die Politik der politischen Assoziation der Ukraine bei gleichzeitiger wirtschaftlicher Integration. Entscheidend hierfür sind das Voranschreiten der Rechtsstaatlichkeit und das Zurückdrängen des Oligarchen-Systems, wenngleich dies behutsam zu erfolgen hat, um nicht plötzliche Friktionen zu erzeugen. Das Freihandelsabkommen mit der EU, das sogenannte DCFTA, hat bereits erste Wirkung gezeigt und das Handelsvolumen signifikant gesteigert. Wirtschaftlich gesehen haben in der Ukraine viele Zukunftstechnologien aufgrund qualifizierten Personals große Chancen, so insbesondere im Bereich erneuerbarer Energien und Softwareentwicklung.

©Ostinstitut Wismar, 2019
Alle Rechte vorbehalten
Der Beitrag gibt die Auffassung des Autors wieder

Redaktion:
Prof. Dr. Otto Luchterhandt,
Dimitri Olejnik,
Dr. Hans-Joachim Schramm
Prof. Dr. Andreas Steininger

Ostinstitut Wismar
Philipp-Müller-Straße 14
23966 Wismar
Tel +49 3841 753 75 17
Fax +49 3841 753 71 31
office@ostinstitut.de
www.ostinstitut.de

ISSN: 2366-2751